Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3535/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 25.01.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Beltz, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	07.02.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	17.02.2011	Entscheidung

Betreff:
Rücknahme der Anliegergebühren
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.01.2011 -

Antrag:
„Der Magistrat wird aufgefordert, die von fast allen Bürgern als ungerecht empfundene Kostenbeteiligung bei Straßensanierung zu senken. Ziel muss letztendlich sein, die Anliegerbeitragsatzung zurückzunehmen.“

Begründung:
Es geht nicht an, dass Anwohner, die bekanntlich Steuerzahler sind, noch einmal für etwas zahlen sollen, wofür sie mit ihren Steuern bereits bezahlt haben.
Der ADAC hat bereits im September 2010 unter der Überschrift „Teures Pflaster“ darauf hingewiesen. Dort heißt es: „Immer häufiger lassen Kommunen ihre Straßen verkommen, um sie dann auf Kosten der Anwohner aufwendig zu sanieren.“
Festgehalten werden muss, dass dies nicht nur Hauseigentümer sondern auch Mieter betreffen kann, sofern Hauseigentümer derartige Kosten auf ihre Mieter umlegen.
Es ist bekannt, dass es den Betroffenen nur wenig nutzt, Rechtsmittel dagegen einzulegen. Unsere gemeinsame Klugheit und unsere Verantwortung als Parlamentarier sollten einen Ausweg finden.

Michael Beltz